

Reinhard Höppner

Rot-Rot regieren

»Die Linke« darf für die SPD kein rotes Tuch sein. Zusammenarbeit und auch Bündnisse müssen eine Option bleiben, will man sich nicht in eine strategische Sackgasse manövrieren. Die Beispiele Sachsen-Anhalt und Berlin zeigen, wie man »Die Linke« in die Regierungsverantwortung zwingen kann.

Reinhard Höppner

(* 1948) war von 1994 bis 2002
Ministerpräsident von
Sachsen-Anhalt.



Mit der Vereinigung von Bundesrepublik und DDR im Jahre 1990 hat sich die Parteienlandschaft der nun neuen Bundesrepublik grundlegend verändert. Anfang der 90er Jahre wollte das noch kaum jemand so richtig wahrnehmen. Man erklärte die PDS für eine Übergangserscheinung ähnlich den nach dem Zweiten Weltkrieg in der Bundesrepublik entstandenen landmannschaftlich orientierten Parteien. In den ostdeutschen Ländern war das schon damals eine eher unwahrscheinliche Variante. Unterstrichen wurde das dadurch, dass die PDS bei den Wahlen in diesen Ländern 1994 gegenüber 1990 deutlich zulegte. Erst jetzt, 14 Jahre später, nach den Wahlen 2008 in Hessen und Niedersachsen, kommt diese Erkenntnis im allgemeinen Bewusstsein der Westdeutschen an. Wir werden auf Dauer, mindestens aber auf lange Sicht in der Bundesrepublik ein Fünf-Parteien-System haben, wobei eine der drei kleineren Parteien je nach regionaler Besonderheit in dem einen oder anderen Landtag zeitweise nicht vertreten sein wird.

Damit stellen sich die Frage nach dem Umgang mit *Der Linken* und die Frage von Regierungsbildungen neu. Da die neue Partei sich im linken Spektrum etabliert, ist die SPD als linke Volkspartei in besonderer Weise betroffen. So weh die Erkenntnis auch tut, es wird der SPD nicht gelingen, die Partei *Die Linke* durch Ausgrenzung und Ablehnung jeglicher Zusammenarbeit wieder aus dem Parteispektrum zu verdrängen. Und sie darf sich auch nicht durch den publizistisch von Seiten der Konservativen erzeugten Druck zu neuen Abgrenzungsbeschwörungen verleiten lassen. Ihre Strategie kann nur lauten, diese Partei möglichst so klein zu halten, dass die eigene sozialdemokratische Substanz nicht gefährdet wird. Die Frage lautet also: Was bedeutet das konkret?

Natürlich die inhaltliche Auseinandersetzung. Aber das ist nicht neu und gilt keineswegs nur im Blick auf *Die Linke*. Inhaltliche Auseinandersetzungen gehören zur Parteiendemokratie. Sie ist zwischen allen Parteien notwendig und wird derzeit eher zu profillos geführt. Die Auseinandersetzung der SPD mit *Der Linken* hat allerdings ein zusätzliches Problem. *Die Linke* erhebt Anspruch auf klassische sozialdemokratische Themen und hat sich nicht, wie seinerzeit die Grünen, durch ein neues Thema in die Parteienlandschaft hineingearbeitet. Freilich hat schon damals beim Auftauchen der Grünen die

SPD den Hauptpreis für ihre Integration in die Parteienlandschaft zahlen müssen. Jetzt aber ist sie in ihrem Kern angegriffen und darum besonders herausgefordert.

Dabei ist die SPD strategisch in einem Nachteil. Sie regiert im Bund und in einigen Ländern. Wer regiert, muss nicht nur Kompromisse mit anderen Parteien eingehen, sondern auch Kompromisse mit den Realitäten. Eine Oppositionspartei ist dazu nicht gezwungen. Um diesen strategischen Vorteil nicht zu verlieren, gibt es ja in *Der Linken* durchaus Diskussionen, ob man denn überhaupt mitregieren oder sich nicht lieber auf eine Oppositionsrolle beschränken sollte. Man hat dadurch die Chance, sich als Anwalt der Entrechteten darzustellen und Protestwähler zu mobilisieren. Angesichts des harten Konkurrenzkampfes und des Trends zu immer größeren Unterschieden zwischen arm und reich ist auch zu erwarten, dass ein solches Protestpotenzial weiter wächst. Der Trend wird sich kaum umkehren lassen. Dadurch wird die SPD als eine Partei der Gerechtigkeit geschwächt und *Die Linke* gestärkt.

Dem kann die SPD nicht tatenlos zusehen. Die einzige Möglichkeit besteht darin, *Der Linken* diesen strategischen Vorteil zu nehmen und damit eine gewisse Wettbewerbsgleichheit herzustellen. Die Frage einer Beteiligung *Der Linken* an der Verantwortung stellt sich also nicht nur, weil sonst Regierungsbildungen jenseits einer Großen Koalition schwierig werden, was sicherlich ein Schaden für die Demokratie insgesamt wäre. Sie stellt sich auch aus strategischen Gründen. Das erkennen auch die Konservativen. Sie sehen mit Freude, wie die SPD sich, indem sie vor jeder neuen Wahl die Zusammenarbeit mit *Der Linken* zum Tabu erklärt, selbst in eine Sackgasse manövriert. Besonders glaubwürdig sind solche Erklärungen ohnehin nicht, denn es gab bzw. gibt solche Zusammenarbeit mit der PDS bzw. *Der Linken* bereits in den ostdeutschen Län-

dern. Für die Frage, ob und wie das geht, gibt es also Erfahrungen.

Minderheitsregierungen

Es ist erstaunlich, dass Minderheitsregierungen in Deutschland immer noch als instabil gelten. Ein Blick auf unsere skandinavischen Nachbarn zeigt, dass dies dort lange Zeit eher die Regel als die Ausnahme war. Tolerierungspartner waren dort oft kleine linke Parteien. 1994 habe ich in Sachsen-Anhalt eine rot-grüne Minderheitsregierung gebildet. Das hatte seinen Grund darin, dass die CDU-FDP-Regierung in einer Legislaturperiode drei Ministerpräsidenten verschlissen hatte und die CDU mit einem Einbruch bei den Wählerstimmen klarer Wahlverlierer war. Die FDP war gar nicht mehr im Landtag vertreten. Diese Minderheitsregierung hat eine komplette Legislaturperiode erfolgreich gearbeitet und wurde gefolgt von einer rein sozialdemokratischen Minderheitsregierung, die ebenfalls vier Jahre arbeitete. Stabil sind solche Regierungen schon deshalb, weil sich, ist der Ministerpräsident erst einmal gewählt, gegen ihn keine Mehrheit mehr findet. Links und rechts können in wichtigen Fragen nicht gemeinsam stimmen, sich schon gar nicht auf einen Alternativkandidaten für ein konstruktives Misstrauensvotum einigen.

Die beiden Minderheitsregierungen hatten freilich einen gravierenden Unterschied: Die erste war eine Koalitionsregierung. Es lag also ein Koalitionsvertrag auf dem Tisch. Die damalige PDS konnte ihn also studieren und ihm auch ohne Verhandlungen mit den Koalitionären durch einseitige Erklärung beitreten. Sie erklärte damals: Wenn ihr den Koalitionsvertrag einhaltet, dann habt ihr unsere Unterstützung. Dagegen kann und muss man sich nicht wehren, auch wenn es etwas ungewöhnlich ist, eine Oppositionspartei zu haben, die auf die Einhaltung des Koali-

tionsvertrages achtet und nicht, wie sonst üblich, die Umsetzung der Inhalte des Koalitionsvertrages kritisiert. Im Koalitionsausschuss saß dann freilich der Tolerierungspartner stets unsichtbar mit am Tisch, zumal er sicher sein konnte, dass seine Wünsche von einem Flügel der Koalitionspartner mit getragen wurden.

Schwieriger war die Minderheitsregierung der zweiten Periode. Hier gab es naturgemäß keinen Koalitionsvertrag. Zwar wurden die anvisierten Projekte in einer Regierungserklärung dargelegt, aber das ist weniger als eine Koalitionsvereinbarung. Sachgemäß wäre mindestens ein Tolerierungsvertrag gewesen. Solche Verhandlungen aber konnten wegen der anstehenden Bundestagswahlen, die wiederum von Beschwörungen über eine Nichtzusammenarbeit mit der PDS begleitet waren, nicht geführt werden. So wurde nach den Bundestagswahlen so etwas wie ein Tolerie-

rungsausschuss gebildet, in dem die jeweiligen Projekte mit der PDS besprochen wurden.

Nichts diszipliniert mehr als die Übernahme von Verantwortung. Die PDS war ein ausgesprochen zuverlässiger Partner. Wir kannten allerdings auch die handelnden Personen gut und wussten, dass wir uns auf sie auch in schwierigen Situationen verlassen konnten. Sie haben nie Forderungen gestellt, zu denen sich kein verantwortbarer Kompromiss finden ließ. Die PDS war in dieser Zeit eine eher staatstragende Partei. Ob sich das für die heutige *Linke*, zumal für die in Hessen so sagen lässt, kann ich nicht einschätzen. Zusammenarbeit hängt eben auch immer davon ab, ob die handelnden Personen miteinander können und sich ein gewisses Vertrauensverhältnis aufbauen lässt.

Auf einen Nachteil bei Minderheitsregierungen muss freilich noch hingewiesen

werden. Wir haben ihn bei den Wahlen 2002 deutlich gespürt. Kommt die Regierung gerade in einem Wahlkampf heftig in die Kritik, dann hat es ein Tolerierungspartner leichter, sich aus der Verantwortung zu stehlen und sich von der Regierung abzusetzen. Verfolgt man die oben beschriebene Strategie also konsequent, so muss man bereit sein, auch Koalitionen einzugehen.

Koalitionen

Nach den Wahlen 1998 in Mecklenburg-Vorpommern, die zeitgleich mit den Bundestagswahlen stattfanden, konnte die SPD dort gewissermaßen im Windschatten der Bundesereignisse mit der PDS eine Koalition eingehen. Das hat in unserer föderalen Republik dann allerdings auch bundespolitische Konsequenzen. Der Bundesrat ist ein Parlament der Regierungen. Ein Koalitionspartner PDS hat damit Einfluss auf Bundesratsentscheidungen. Die Ministerinnen bzw. Minister der PDS erscheinen auf den entsprechenden Ministerkonferenzen. Die klassische Einteilung in A- und B-Länder funktioniert nicht mehr. Auch diese Runden werden farbiger. Das muss kein Nachteil sein, ist aber für die Einschätzung von Kräfteverhältnissen nicht unwichtig.

Berlin ist diesem Weg einer Koalition mit der PDS und damit heute einer Koalition mit *Der Linken* nach einer kurzen Zeit einer rot-grünen Minderheitsregierung gefolgt. Sie hätte sich sonst wohl nicht aus der Umklammerung der skandalgeschwächten CDU befreien können. *Die Linke* besetzt sogar das Wirtschaftsressort. Ihr Wirtschaftsminister macht kaum eine andere Wirtschaftspolitik, als sie ein FDP-Senator machen würde. Wenn er eine Modenschau für die bürgerlichen Kreise der Oberschicht veranstaltet, muss das eine Zumutung für die *Hartz-IV*-Empfänger sein. Platter Populismus ist nur noch um den Preis des Glaubwürdigkeitsverlustes möglich. Der Weg ist verstellt, einfach Pro-

testwähler einzusammeln. Als Klaus Wowereit diese Regierung bildete, hatte er angesichts der absehbar einschneidenden Sparmaßnahmen die Wahl, die PDS entweder im Senat oder massiv auf der Straße zu haben. Er hat gegen die mehr oder weniger energisch vorgebrachten Argumente der Bundespartei zweifellos die für Berlin bessere Variante gewählt.

Bleibt die immer wieder aufkommende moralische Frage. Damit meine ich nicht die eingehaltene oder gebrochene Wahlaussagen. Da sollte man ohnehin im Blick auf Koalitionen lernen, sich nicht vorher auf Aussagen festzulegen, die die Umsetzung des Wahlergebnisses praktisch unmöglich machen. Ich meine den Vorwurf, den wir zunächst im Osten hörten, wir würden mit den alten DDR-Funktionären zusammenarbeiten. Der kann und konnte nur erhoben werden von Menschen, die die Verhältnisse nicht kennen. Nur ein Beispiel: In der ersten Legislaturperiode in Sachsen-Anhalt gab es einen klassischen DDR-Funktionär, stellvertretender Vorsitzender des Rates des Bezirkes Halle, der seinerzeit auch oppositionelle Umweltgruppen unter Druck gesetzt hatte. Es gab einen Abgeordneten, der in Einzelhaft im Stasi-Gefängnis gesessen hatte. Der erste gehörte der CDU-Fraktion an, der zweite war in der PDS-Fraktion. Mit moralischen Kategorien ist dem Problem nicht beizukommen.

Das gilt übrigens auch, wenn jetzt sehr schnell *Die Linke* mit der NPD gleichgesetzt wird nach dem Muster: Das eine ist eine rechtsradikale, das andere eine linksradikale Partei. Demokratische Parteien dürfen mit ihnen nicht zusammenarbeiten. Dieses von den Konservativen gepflegte Denkmuster ist alt. Es wird durch Wiederholung nicht besser. Diese Parallelisierung ist eine Verharmlosung des Nationalsozialismus und zeugt von mangelnder Kenntnis historischer Zusammenhänge. Man sollte sich nicht davon beeindrucken lassen.